



Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2017

E-Voting: Weiteres Vorgehen zur Ausdehnung auf im Kanton Basel-Stadt wohnhafte Stimmberechtigte

P160738

BER PD vom 12.01.2017

1. Der Regierungsrat erteilt dem Angebot der Post AG im Zusammenhang mit der Ausschreibung für die Ausdehnung des E-Voting im Kanton Basel-Stadt den Zuschlag. Dieser Zuschlag erfolgt vorbehältlich der Zustimmung des Grossen Rates zur Ausgabe von Fr. 5'900'000.

Begründung

Im Rahmen der E-Voting-Strategie hat der Regierungsrat im Dezember 2014 beschlossen, die elektronische Stimmabgabe unter dem Motto «Sicherheit vor Tempo» bis 2019 schrittweise auf alle im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Stimmberechtigten auszudehnen. Die Ausdehnung des E-Voting erfordert neue vertragliche Regelungen und ist mit Mehrkosten verbunden. Aus beschaffungsrechtlichen Gründen wurde deshalb eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Das Angebot der Post AG erfüllt sowohl die vom Kanton als zwingend definierten Kriterien als auch die hohen technischen Anforderungen des Bundes. Das Angebot überzeugt darüber hinaus aus qualitativer Sicht. Die mit der Ausweitung des E-Voting-Systems verbundenen Mehrkosten sind durch den Grossen Rat zu genehmigen.

